

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die letzte Sitzungswoche dieses Jahres stand im Schatten der Eurokrise. Wieder hat sich gezeigt: Merkel und ihre Truppe sind mit der großen europapolitischen Aufgabe überfordert. Anstatt in dieser Situation in Europa die Führung zu übernehmen gefährdet die Kanzlerin durch ihr Zaudern und nationalpolitische Töne die europäische Einheit. Die dauerhafte Stabilität des Euro-Raums kann nur mit einer engeren Koordinierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik gelingen. Wir brauchen regulierte Finanzmärkte. Ungedeckte Leerverkäufe von Aktien und Staatsschuldtiteln der EU-Mitglieder müssen verboten werden. Die Finanztransaktionssteuer muss eingeführt werden. Mit einer abgestimmten nationalen Steuerpolitik müssen Steuerflucht und der Steuerdumpingwettbewerb gestoppt werden. Vor allem sollen die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt werden. Es darf nicht sein, dass die Steuerzahler allein die Zeche zahlen. Medienwirksame Lippenbekenntnisse reichen nicht aus. Was der Europäische Rat in Brüssel beschlossen hat ist ein Minimalkonsens. Es wurde am Symptom herum gedoktert, anstatt den großen europäischen Sprung mit einem Gesamtpaket zu machen. Frank-Walter Steinmeier hat in der Debatte konkrete Vorschläge gemacht und wir haben dazu einen Entschließungsantrag eingebracht.

Am Dienstag fand unsere zweite Afghanistan-Konferenz statt. Gemeinsam mit dem Parteivorstand und erfahrenen Afghanistan-Experten haben wir öffentlich über das deutsche Engagement am Hindukusch diskutiert. Auch im Bundestag gab es eine Afghanistan-Debatte. Wir Sozialdemokraten stehen zu unserer Verantwortung für die deutschen Soldatinnen und Soldaten, die vielen zivilen Helfer und die Zukunft Afghanistans und seiner Bevölkerung. Aber wir stimmen im Januar nicht automatisch der Mandatsverlängerung zu. Die Regierung muss sich zu einem Beginn des Truppenabzugs im nächsten Jahr und dem Ende des Einsatzes 2014 bekennen. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben einen Entwurf für ein Positionspapier mit klaren Forderungen an die Regierung vorgelegt.

Außerdem haben wir Anträge gegen den Missbrauch der Leiharbeit, für die Verlängerung des Ausbildungsbonus, für eine bessere Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern und für mehr Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten in den Bundestag eingebracht.

Wir haben ein Jahr harter Oppositionsarbeit hinter uns. Auch im kommenden Jahr werden wir viel Kraft brauchen, denn die schwarz-gelbe Regierung drückt den Bürgerinnen und Bürgern eine sozial ungerechte Last auf. Sie müssen draufzahlen und die Lobbyisten bekommen Geschenke. Die wirklichen Herausforderungen in unserem Land werden nicht angepackt. Wir werden unsere Konzepte dagegen halten und deutlich machen, was soziale Verantwortung heißt.

Eine schönes Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr wünscht

Eure Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE ANJA LINNEKUGEL, NICOLA HELLER, STEFAN HINTERMEIER
TELEFON (030) 227-530 48 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 17.12.2010 12.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---|
| 02 Topthema: Eurokrise
Großer Sprung statt Einzelmaßnahmen | 09 Mehr Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern |
| 04 Missbrauch der Leiharbeit verhindern | 10 Steuerliche Förderung der Fernwärme verweigert |
| 05 Ausbildungsbonus verlängern | 10 Menschenrecht Religions- und Glaubensfreiheit |
| 05 Schluss mit Generation Praktikum | 11 Bei Klimapolitik wieder voran gehen |
| 06 Bund darf Insolvenzgeldumlage nicht kassieren | 12 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sichern |
| 07 2011 Truppenabzug aus Afghanistan starten | |

TOPTHEMA: EUROKRISE

Großer Sprung statt Einzelmaßnahmen

Anlässlich der Regierungserklärung der Kanzlerin am 15. Dezember 2010, einen Tag vor der Sitzung des Europäischen Rats in Brüssel, fand im Bundestag eine kontroverse Debatte zur Lösung der Euro-Krise statt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu einen Entschließungsantrag (Drs. 17/4183) ins Parlament eingebracht, in dem sie der Zick-Zack-Politik der Regierung-Merkel ein europäisches Gesamtpaket gegenüber stellt.

Regierung versagt vor großer europäischer Aufgabe

Frank-Walter Steinmeier warf der Kanzlerin vor, das Alarmsignal, das von der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgeht, nicht hören zu wollen. Diese hatte eine Aufstockung ihres Kapitals angekündigt, was durch den Aufkauf von Verlusten aus Staatsanleihen notwendig sei. Dafür müssen die Euro-Länder zahlen. Das zeige deutlich, dass nicht nur Handeln, sondern auch Nichthandeln seinen Preis habe. Das Signal heiße: Die Zeit des Durchmogelns ist vorbei.

Die schwarz-gelbe Regierung habe „vor der europäischen Aufgabe versagt, wie kaum eine andere vor ihr“ sagte Steinmeier. Im April habe die Kanzlerin verkündet – kein Geld für Griechenland – das Ergebnis sei bekannt. Dann hieß es, Griechenland bliebe ein Einzelfall. Es folgte der Rettungsschirm. Er sei die Ultima Ratio und würde wahrscheinlich gar nicht in Anspruch genommen werden, dann kam Irland.

Jetzt Mut zur politischen Union aufbringen

Europa steht vor einer historischen Aufgabe. Es gehe, so Steinmeier, um die Zukunft der gemeinsamen Währung und noch mehr um die Zukunft des gemeinsamen europäischen Projekts. Es hänge von den europäischen Regierungen ab, ob wir wieder ins nationalstaatliche Denken des 19. Und 20. Jahrhunderts zurückfallen oder ob wir jetzt den Mut zum nächsten großen europäischen Sprung aufbringen, das Europa der Nationalstaaten schrittweise zu überwinden und die Europäische Union zu einer politischen Union fortzuentwickeln.

Nur europäisches Gesamtpaket hilft gegen die Krise

Einzelmaßnahmen wie die Aufstockung des Rettungsschirms, Euro-Bonds, ein weiteres Anleihen-Aufkaufprogramm der EZB helfen nicht, die Krise zu überwinden. Ein umfassender Ansatz sei notwendig, forderte Steinmeier: die Gläubiger müssten durch einen Verzicht auf Forderungen beteiligt werden, es bedarf eines klaren Signals europäischer Solidarität und der Geburtsfehler der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion müsse beseitigt werden und somit die politische Union geschaffen werden. Nur vor dieser Kulisse sei die Einführung von Euro-Bonds denkbar.

Entschließungsantrag: Verlässliche Krisenbewältigungsmechanismen installieren

Der Zuspitzung der Krise im Euro-Raum ist auf die Hauptursache der unregulierten Finanzmärkte und der daraus entstandenen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zurückzuführen. Wir Sozialdemokraten fordern die Regierung auf, sich für ein Gesamtpaket im Europäischen Rat einzusetzen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Euroländer hat in seiner bisherigen Form nicht ausgereicht. Nun gilt es, den Fehlentwicklungen entgegen zu wirken und für die Zukunft verlässliche Krisenbewältigungsmechanismen zu installieren.

Gläubiger an den Kosten der Krise beteiligen

Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer unmittelbaren und mittelbaren Folgen darf nicht allein den Bürgerinnen und Bürgern der Eurozone aufgebürdet werden. Die Belastung der Steuerzahler als Ausfallbürgen für Banken, massive Einschnitte beim Lebensstandard oder bei öffentlichen Leistungen führen zu sozialen Spannungen.

Notwendig ist die Beteiligung der Gläubiger z.B. durch Verzicht auf Forderungen und eine stärkere Koordination der nationalen Steuerpolitiken, um die negativen Auswirkungen von unfairem Steuerwettbewerb und Steuerflucht zu beschränken. Ebenso muss eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, um die Unternehmen des Finanzsektors an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Sollte dies in der gesamten EU nicht möglich sein, so sollte die Finanztransaktionssteuer mindestens in der Euro-Gruppe eingeführt werden.

Finanz- und Wirtschaftspolitik stärker koordinieren

Künftig muss viel stärker die Wechselwirkung zwischen Schuldenstand und Haushaltsdefizit eines Mitgliedstaates berücksichtigt werden, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu garantieren. Insgesamt müssen die Mitgliedstaaten ihre Politiken im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik mehr koordinieren. Insbesondere ist ein Frühwarnmechanismus für Krisen mit möglicherweise systemischen Auswirkungen zu schaffen. Der von der Europäischen Kommission zu erarbeitende Kriterienkatalog für den Überwachungs- und Warnmechanismus darf nicht zu einer Absenkung sozialer Standards in der EU führen. Wir brauchen regulierte Finanzmärkte. Ungedekte Leerverkäufe von Aktien und Staatsschuldtiteln der EU-Mitglieder müssen verboten werden.

Binnennachfrage stärken

Die Leistungsbilanzen in den Ländern der Eurozone bedürfen einer stärkeren Angleichung. Dazu müssen die „Defizitstaaten“ die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft verbessern und die „Überschussländer“ die Nachfrage aus dem eigenen Land stärken. Dabei geht es nicht darum, dass Deutschland auf seine Exportstärke verzichtet, die Binnennachfrage muss hier durch Qualifizierungs- und Fachkräftestrategie und eine angemessene Lohnentwicklung, orientiert am Produktivitätszuwachs plus Zielinflationsrate, forciert werden. Die soziale Dimension der Europäischen Union als zentraler Teil des europäischen Gesellschaftsmodells ist deutlich auszubauen.

EU als Chance in der Globalisierung begreifen

Eine wirksame Krisenbewältigung muss jetzt beginnen, strukturelle Probleme sind jetzt anzugehen und dürfen nicht verschoben werden. Kein Land kommt für sich allein aus der Krise, mehr Koordinierung ist wichtiger denn je. Die Europäische Union ist und bleibt die Chance, die Globalisierung gestalten zu können.

ARBEIT**Missbrauch der Leiharbeit verhindern**

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) stellt mit der Leiharbeit Unternehmen ein unkompliziertes Instrumentarium zur Verfügung, Auftragsspitzen zu bewältigen oder für einen vorübergehenden Ausfall von Beschäftigten schnell Ersatz zu finden. Inzwischen hat der Umfang der Leiharbeit deutlich zugenommen: Die Zahl der Leiharbeiter/-innen hat sich zwischen Anfang 2003 und Sommer 2008 etwa verdoppelt auf über 800.000.

Leiharbeitsmissbrauch führt zu Lohndumping

Viele der geltenden Regelungen des AÜG haben sich als Einfallstor für weitreichenden Missbrauch erwiesen, da die vorhandenen Leiharbeitstarifverträge deutlich hinter den Verdiensten und Arbeitsbedingungen der Stammarbeiter/-innen zurückbleiben. Missbrauch in der Leiharbeit hat zu Lohndumping und einer Zunahme prekärer Beschäftigung geführt. Jeder achte Leiharbeitsbeschäftigte ist trotz Vollzeitstätigkeit auf ergänzende staatliche Unterstützung angewiesen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit verschärft Problem im nächsten Jahr

Mit der vollständigen Umsetzung der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit im Mai 2011 droht sich die Situation weiter zu verschärfen. Sich dem Lohndumping zu entziehen, wird dann auch für seriöse Leiharbeitsunternehmen deutlich schwieriger. Mehr als die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse dauert zudem keine drei Monate. Leiharbeit wird wegen der niedrigen Löhne von den Einsatzbetrieben häufig zur Lohnkostensenkung genutzt, indem die Stammelegschaften reduziert und stattdessen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter eingesetzt werden.

Regierungsvorschläge greifen zu kurz

Die Vorschläge der Regierung bieten nur in kleinsten Ansätzen Schutz und lösen nicht annähernd die wirklichen Probleme der Leiharbeit. Der Gesetzesvorschlag behebt lediglich die krassesten Auswüchse von Lohndumping, bietet aber keine wirkungsvollen Lösungen gegen den Missbrauch der gesamten Branche. Der größte Fehler ist offenkundig: Es fehlt der Mindestlohn und es fehlt eine Regelung zum Equal Pay. Trotz monatelangem Ringen sieht die Regierung keine Lohnuntergrenze vor. Frau von der Leyen darf nicht nur von Mindestlohn reden, sie muss ihn im Gesetz festschreiben. Union und FDP beschränken sich auf geringfügige Änderungen, die durch eine Richtlinie der Europäischen Union ohnehin vorgegeben sind. Die Gewerkschaften kritisieren das schwarz-gelbe Vorgehen zu Recht als Kniefall vor der Leiharbeitslobby.

Unser Grundprinzip: Gleiches Geld für Gleiche Arbeit muss gelten

Deutlich weitreichender und hilfreicher ist unser Antrag (Drs. 17/4189). Er führt auf, welche Regelungen, ein Gesetzentwurf beinhalten muss. Dabei sind vier entscheidende Bedingungen zu berücksichtigen:

- Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Der „Equal Pay“-Grundsatz im Verhältnis von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern zu Stammarbeiter/-innen muss gelten. Darüber hinaus fordern wir einen nicht nur für die Leiharbeit, sondern für alle Branchen geltenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro.
- Keine Verträge von Fall zu Fall: Das große Arbeitslosigkeitsrisiko von Leiharbeiter/-innen rührt auch daher, dass die Verträge oft nur für die Dauer des Einsatzes befristet werden. Dies soll nicht mehr erlaubt sein. Der Entleihe muss auch in Zeiten ohne Arbeitseinsatz weiter im Arbeitsverhältnis stehen und entlohnt werden.
- Klar „mitbestimmt“: Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen wirksame Mitbestimmungsrechte für in ihrem Betrieb eingesetzte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

- Ein Platz, ein Jahr: Der Einsatz einer Leiharbeiterin oder eines Leiharbeitnehmers soll nur „vorübergehend“ sein. Nach einem Jahr sind Leiharbeitseinsätze zu beenden. Diese Höchstüberlassungsdauer von einem Jahr ist gesetzlich festzulegen. Sofern der Arbeitskraftbedarf im Entleihbetrieb über ein Jahr andauert, ist eine Festanstellung angemessen, denn dies belegt, dass Bedarf an einer dauerhaften Arbeitstätigkeit im Unternehmen besteht.

Ausbildungsbonus verlängern

Um mehr jungen Menschen die Chance auf eine Ausbildung zu geben, hat die SPD vor drei Jahren den sogenannten Ausbildungsbonus durchgesetzt. Mit diesem arbeitsmarktpolitischen Instrument werden Jugendliche und junge Erwachsene gefördert, die es ohne zusätzliche Unterstützung schwer haben, eine Lehrstelle zu finden. Union und FDP wollen die Förderung Ende 2010 auslaufen lassen. Jetzt setzen wir uns in unserem Antrag (Drs. 17/4191) dafür ein, den Ausbildungsbonus um weitere drei Jahre zu verlängern. Dieser wurde am 16. Dezember 2010 im Bundestag beraten.

Um Jugendlichen, die schon lange vergeblich nach einem Ausbildungsplatz suchen, gezielt unter die Arme zu greifen, hat der Deutsche Bundestag 2008 auf Initiative der SPD den Ausbildungsbonus beschlossen. Die Förderung in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro können Arbeitgeber erhalten, wenn sie zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze einrichten und förderungsbedürftige Jugendliche einstellen. In der Wirtschaftskrise hat der Bundestag die Förderung auf Auszubildende ausgeweitet, die ihren Ausbildungsplatz durch Insolvenz verloren haben. Bis September 2010 konnten so mehr als 40.000 junge Menschen gefördert werden.

Geht es nach dem Willen von Union und FDP soll damit nun Schluss sein: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat angekündigt, die Förderung nicht über Ende 2010 hinaus zu verlängern. Lediglich die sogenannten Insolvenzauszubildenden sollen weiter gefördert werden können.

Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Ziel einer echten, chancenorientierten Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik muss es sein, klare Rechtsansprüche für junge Menschen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Daher fordern wir in einem aktuellen Antrag, die Förderung fortzuführen und den Ausbildungsbonus um drei weitere Jahre zu verlängern. Der Ausbildungsbonus hilft, keinen Jugendlichen zurückzulassen und die Fachkräftebasis zu sichern.

Schluss mit Generation Praktikum

Die Wirtschaft ruft immer lauter nach gut ausgebildeten Arbeitskräften. Doch Jahr für Jahr werden zehntausende hochqualifizierte junge Menschen in unbezahlte Praktika gedrängt. Wenn aber nicht das Lernen, sondern die Arbeitsleistung im Vordergrund steht, ist es kein „Praktikum“, sondern ein Arbeitsverhältnis. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in ihrem Antrag (Drs. 17/3482) gesetzliche Regelungen, um Missbrauch bei Praktika zu unterbinden.

Praktikum droht nach Uni- und Ausbildungsabschluss

Die Situation von jungen Berufseinsteigern wird immer prekärer. Dies bedeutet konkret, dass heute etwa 25 Prozent aller Uni-Absolventinnen und -Absolventen nur dann eine Chance auf einen soliden Berufseinstieg erhalten, wenn sie sich vorher über Monate „kostenlos“ im Unternehmen bewährt haben. Bei den Ausbildungsberufen ist teilweise sogar fast ein Drittel eines ganzen Jahrgangs betroffen, obwohl sie bereits betriebliche Erfahrung in der Ausbildung erleben durften. Wie eine Studie des Bundesarbeitsministeriums ergab, waren von allen freiwilligen Erst-Praktika, die nach Abschluss einer beruflichen Ausbildung absolviert wurden, 51 Prozent unbezahlt und 12 Prozent unangemessen vergütet.

Viele hangeln sich von Praktikum zu Praktikum

Viele junge Menschen befinden sich in sogenannten Praktikumsketten, bei denen sich eine Station an die nächste reiht – immer darauf hoffend, in ein normales Arbeitsverhältnis übernommen zu werden. Viele der Betroffenen arbeiten in der Woche genau so hart wie die reguläre Belegschaft, um dann am Wochenende zusätzlich in der Kneipe zum Lebensunterhalt zu kellnern. Andere verschulden sich oder sind auf die Unterstützung ihrer Familie angewiesen.

Schwarz-Gelb bleibt tatenlos

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Schwarz-Gelb nicht das Geringste unternimmt, um diesen ausbeuterischen Zuständen endlich einen Riegel vorzuschieben. Während die SPD in der letzten Legislaturperiode dafür gekämpft hat, durch eine entsprechende Gesetzesinitiative die Rechte von Praktikantinnen und Praktikanten zu stärken, zeichnete sich die Union dadurch aus, sich mit Händen und Füßen gegen dringend notwendige gesetzliche Regelungen zu wehren. Insbesondere Bundesbildungsministerin Schavan ließ nichts unversucht, um die Vorschläge der SPD zu torpedieren. Union und FDP weigern sich, die Lebenswirklichkeit der jungen Menschen zur Kenntnis nehmen und für Verbesserung zu sorgen.

Missbrauch von Praktika verhindern

Wir fordern die Bundesregierung in unserem Antrag auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass bei Praktika Missbrauch in Zukunft verhindert werden kann. So soll gesetzlich klargestellt werden, dass der Lernzweck stärker als Mittelpunkt eines Praktikums zu definieren ist. Unternehmer und Praktikanten sollen künftig die Bestimmungen klar und eindeutig aus dem Gesetz erkennen können und auf - bereits existierende - einschlägige Vorschriften zum Beispiel im Berufsbildungsgesetz verwiesen werden.

Außerdem muss gesetzlich klargestellt werden, dass Arbeitsverhältnisse, die lediglich als Praktikum deklariert werden, den gleichen Lohn- und Gehaltsanspruch begründen wie reguläre Stellen. Anders als bisher muss den Arbeitgeber dabei die Beweislast treffen. Außerdem fordern wir, den Kündigungsschutz zu verbessern, indem Praktikumszeiten angerechnet werden. Pflichtpraktika müssen in die Regelstudienzeit aufgenommen werden.

Bund darf Insolvenzgeldumlage nicht kassieren

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will nicht ausgegebene Mittel der Bundesagentur für Arbeit aus der Insolvenzgeldumlage für den Bundeshaushalt einkassieren. Die Folge: Weniger Geld für Qualifizierung, Weiterbildung und Vermittlung.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf Insolvenzgeld, wenn sie bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen ihres Arbeitgebers noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt für die letzten drei Monate haben. Finanziert wird dieses Insolvenzgeld durch die sogenannte Insolvenzgeldumlage. Sie wird von allen Arbeitgebern an die Bundesagentur für Arbeit entrichtet, die das Geld den von Insolvenz betroffenen Arbeitnehmern auszahlt. Dank der unerwartet guten konjunkturellen Entwicklung wird die für das Jahr 2010 erhobene Insolvenzgeldumlage nicht vollständig benötigt. Ende des Jahres wird voraussichtlich ein Betrag von rund 1,117 Milliarden Euro übrig bleiben.

Gleichzeitig ist vorgesehen, dass das steuerfinanzierte Darlehen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit am Jahresende in einen Zuschuss umgewandelt wird. Konkret erlässt der Bund der Bundesagentur den Rest des Darlehens, der Ende des Jahres noch nicht zurückgezahlt ist. Durch die nicht ausgegebenen Einnahmen aus der Insolvenzgeldumlage sinken dieser Darlehensrest und damit die Zuschüsse des Bundes um 1,117 Mrd. Euro.

Im Ergebnis bedeutet das, dass die von den Arbeitgebern aufgebrauchten Finanzmittel in den Bundeshaushalt fließen und für Insolvenzfälle im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung ste-

hen. Zugleich will die Regierung den Umlagesatz beim Insolvenzgeld für das Jahr 2011 auf 0,0 Prozent festsetzen. Folge: Die zuvor geleerte Insolvenzgeld-Kasse bleibt leer.

Dies wiederum hätte zur Folge, dass Insolvenzfälle in 2011 aus den allgemeinen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanzierten Beitragseinnahmen zu bestreiten wären. Entsprechend stünden weniger finanzielle Mittel beispielsweise für die Förderung der beruflichen Weiterbildung, die berufliche Eingliederung, das Vermittlungsbudget usw. zur Verfügung. Die Chancen von Arbeitsuchenden, wieder Fuß auf dem Arbeitsmarkt zu fassen, würden dadurch geschmälert. Sie hätten damit sowohl als Arbeitnehmer als auch als Arbeitsuchende das Nachsehen.

In unserem Antrag (Drs. 17/4188), der am 16. Dezember im Bundestag beraten wurde, fordern wir die Bundesregierung daher auf, die zum Jahresende unverbrauchten Mittel aus der Insolvenzgeldumlage nicht auf die Höhe des Bundeszuschusses an die Bundesagentur für Arbeit anzurechnen und auf das Jahr 2011 zu übertragen. Im Ergebnis stünden so im kommenden Jahr deutlich mehr Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung.

AUSSEN

2011 Truppenabzug aus Afghanistan starten

Zwei Tage nach der Afghanistan-Konferenz von SPD-Bundestagsfraktion und Parteivorstand fand am 16. Dezember 2010 im Bundestag anlässlich der Regierungserklärung von Außenminister Westerwelle zum Fortschrittsbericht der Bundesregierung eine Debatte zum Militäreinsatz am Hindukusch statt.

Fortschrittsbericht bleibt unvollständig – Selbstkritik fehlt

Zwar liefert der Bericht der Bundesregierung auf 108 Seiten ein realistisches und detailliertes Bild darüber wie die Lage in den zentralen Bereichen Sicherheit, Staatswesen und Regierungsführung, Wiederaufbau und Entwicklung in Afghanistan ist. Fehler der Vergangenheit und Defizite werden genannt sowie Kritik an der afghanischen Seite geübt. Dennoch enthält der Bericht nicht die von uns und Bündnis 90/ die Grünen geforderte unabhängige Evaluierung des deutschen Afghanistan-Engagements.

Genau die selbstkritische Überprüfung der deutschen Aktivitäten in Afghanistan unter Hinzuziehung der Erfahrungen der vor Ort tätigen Nichtregierungsorganisation und wissenschaftliche Experten fehlt. Deshalb haben wir unsere Forderung nach einer unabhängigen Evaluierung erneuert.

Beginn des Truppenabzugs 2011 festschreiben

Außerdem verlangen wir ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum Beginn des Truppenabzugs 2011 im Antragstext zur Mandatsverlängerung im Januar. Denn sowohl im Fortschrittsbericht als auch in Medienberichten lässt die Regierung Unklarheit aufkommen, da von Ende 2011/2012 die Rede ist.

Gemeinsame Afghanistan-Konferenz von Fraktion und Parteivorstand

Am 14. Dezember 2010 fand die zweite Afghanistan-Konferenz von SPD-Bundestagsfraktion und Parteivorstand mit 400 Interessierten statt. Dazu haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel den Entwurf eines Positionspapiers vorgelegt. Die Mandatsverlängerung im Januar ist für uns kein Automatismus. Das hat Sigmar Gabriel zu Beginn der Konferenz deutlich gemacht. Kaum eine Entscheidung eines Abgeordneten im Deutschen Bundestag sei so sehr eine Gewissensentscheidung wie die Abstimmung über den Einsatz militärischer Gewalt. Es sei eine Entscheidung über Leben und Tod deutscher Soldaten, ziviler Helfer und ihrer Verbündeten sowie auch vieler Menschen in der afghanischen Bevölkerung.

Geänderte Afghanistan-Strategie 2010 trägt unsere Handschrift

Im Vorfeld der letzten Mandatsverlängerung Anfang 2010 haben wir eine Reihe von Forderungen durchgesetzt, obwohl sie zunächst umstritten waren und von Teilen der Bundesregierung als abwegig kommentiert wurden. Sie sind zum großen Teil in die geänderte Afghanistan-Strategie eingeflossen und haben damals für uns die Zustimmung zur Mandatsverlängerung möglich gemacht. Dazu gehörten die Forderungen nach:

- Verdopplung der Mittel für den zivilen Wiederaufbau,
- Verstärkung der Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee,
- Intensivierung der Bemühungen um eine politische Lösung des Konfliktes,
- einem Stopp zur Entsendung weiterer Kampftruppen,
- Übergabe der vollen Verantwortung für die Sicherheit im Land an die afghanischen Sicherheitskräfte bis 2014,
- Beginn der Reduzierung des deutschen ISAF-Kontingents im kommenden Jahr, analog zur Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Obama.

Entwurf des SPD-Positionspapiers stellt sich Verantwortung

Im aktuellen Positionspapierentwurf von Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel bekennt sich die SPD zu ihrer Verantwortung für Afghanistan und seine Bevölkerung. Von der Bundesregierung wird erwartet, dass sie sich an ihre Zusagen hält und ihren Einfluss international geltend macht, um das internationale Afghanistan-Engagement zum Erfolg und den militärischen Einsatz zum Ende zu führen. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert:

- Die Mittel für den zivilen Aufbau auf dem erreichten Niveau fortzuschreiben. Die von Entwicklungsminister Niebel voran getriebene Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit wird abgelehnt.
- Die afghanische Regierung beim Aufbau der nationalen und regionalen Verwaltung und bei der Korruptionsbekämpfung stärker zu unterstützen.
- Keine Änderungen am ISAF-Mandat und der Struktur des deutschen Kontingents vorzunehmen, die die Neuausrichtung des militärischen Engagements auf Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte in Frage stellt. Eine Erhöhung des Kontingents wird abgelehnt.
- Die Reduzierung der deutschen Truppen 2011 zu beginnen und den Bundeswehrein-satz im Rahmen von ISAF im Zeitrahmen 2014 zu beenden

Afghanistan-Einsatz verlangte Lernprozesse - Kritik an Bundesregierung

In seinem Schlusswort machte Frank-Walter Steinmeier auf der Konferenz deutlich, dass die internationale Gemeinschaft beim Afghanistan-Einsatz Neuland betreten hat und deshalb keine „Blaupause“ für den Einsatz in Afghanistan hatte. In den zurück liegenden Jahren habe man sich Lernprozessen unterziehen müssen, immer wieder seien Neujustierungen des Einsatzes notwendig gewesen. Steinmeier kritisierte das mangelnde Engagement der Bundesregierung in der Frage, wie das Regime für Afghanistan für die Zeit nach 2014 aussehen müsse. Deutschland müsse mit seinen Partnern dafür sorgen, dass die Region ein gemeinsames Interesse an einem Frieden in Afghanistan habe.

Zustimmung zur Mandatsverlängerung hängt von Regierung ab

Die SPD habe sich Außenpolitik nie einfach gemacht und als richtig erkannte Entscheidungen auch gegen Widerstände vertreten, „ob die Zustimmung zum neuen ISAF-Mandat der Bundesregierung möglich ist, das hat die Regierung in der Hand – wir werden den Text genau lesen,“ schloss Steinmeier.

BILDUNG

Mehr Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern

Die Ergebnisse der neuen PISA-Studie zeigen: Die Bildungspolitik, die in den letzten zehn Jahren von der SPD entscheidend mitgeprägt wurde, hat zu spürbaren Verbesserungen der schulischen Leistungen geführt. Dennoch bleibt noch viel zu tun, damit unser Bildungssystem wieder zu den besten der Welt gehört und alle Kinder gleiche Chancen auf gute Bildung erhalten.

Für gute Bildung müssen Bund, Länder und Kommunen besser zusammenarbeiten. In einem aktuellen Antrag (Drs. 17/4187), der am 16. Dezember 2010 im Parlament beraten wurde, fordert die SPD-Bundestagsfraktion mehr Geld für Bildung vom Bund, einen Nationalen Bildungspakt für bessere Bildungsangebote in Kitas, Ganztagschulen und Hochschulen sowie eine bessere Koordinierung der Bildungspolitik in Deutschland.

Trotz der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen Bund und Länder der Bildungspolitik eine klare Priorität einräumen und ihre gemeinsamen Anstrengungen für bessere Bildung ausbauen. Aus unserer Sicht gehören dazu vor allem drei Bausteine:

Mehr Geld für Bildung

Die Verantwortung für gute Bildungsangebote liegt vor allem bei den Ländern, den Städten und Gemeinden. Ohne eine gute Finanzausstattung können sie die Qualität und Leistungsfähigkeit des Bildungswesens weder sichern noch stärken. Deshalb muss das Ziel von Bund und Ländern verbindlich umgesetzt werden, ab 2015 mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung zu investieren. Auf dieses Ziel hatten sich Bund und Länder vor zwei Jahren verständigt. Eine Einigung über die Umsetzung und Finanzierung des Ziels steht aber bis heute aus. Um das 7-Prozent-Ziel zu erreichen sind mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich notwendig. Wir fordern von der Bundesregierung, davon mindestens 10 Milliarden Euro zu übernehmen.

Bildungsangebote ausbauen

Eine durchgreifende Verbesserung unseres Bildungssystems kann nur gelingen, wenn die Bildungsangebote ausgebaut und verbessert werden. Notwendig sind keine kleinteiligen Sonderprogramme, sondern mehr und bessere Kitas und Ganztagschulen sowie leistungsfähige Hochschulen mit besseren Betreuungsrelationen. Ohne einen substanziellen Beitrag des Bundes, kann ein solcher Ausbau der Bildungsinfrastrukturen nicht umgesetzt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb einen Nationalen Bildungspakt von Bund, Ländern und Kommunen. Er soll den Einstieg bilden in den gemeinsamen, schrittweisen Ausbau der Bildungsangebote in allen Bereichen. Ein Schlüssel kommt dem weiteren Ausbau der Ganztagschulen zu, weil sie den notwendigen Raum für mehr individuelle Förderung, zusätzliche Lernangebote und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung einer Bildungsteilhabe für bedürftige Kinder und Jugendliche kann dadurch berücksichtigt werden, dass ein bedarfsgerechter, flächendeckender Ausbau der Schulsozialarbeit in den Nationalen Bildungspakt aufgenommen wird.

Koordinierung in der Bildungspolitik weiterentwickeln

Die Zuständigkeiten für Bildung sind im deutschen Föderalismus auf Bund und Länder verteilt. Was fehlt, ist ein durchsetzungsstarkes Koordinierungsinstrument. Eine bessere Koordinierung ist notwendig, um sich gemeinsame Ziele zu setzen, die Erreichung dieser Ziele besser überprüfbar zu machen und erfolgreiche Lösungen in den Ländern schneller auf andere Länder zu übertragen. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt vor, den Nationalen Bildungsbericht weiterzuentwickeln. Der alle zwei Jahre erscheinende Bericht kann einen Beitrag für eine solche Koordinierung der Bildungspolitik leisten.

FINANZEN

Steuerliche Förderung der Fernwärme verweigert

Zur abschließenden Beratung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes am 16. Dezember 2010 hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Bündnis 90 / die Grünen einen Änderungsantrag (Drs. 17/4251) eingebracht.

Der im Oktober 2010 von der schwarz-gelben Koalition beschlossene Abbau steuerlicher Begünstigungen der Wirtschaft bei der Energie- und der Stromsteuer betrifft auch die Fernwärme-Versorgung. Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP am 16. Dezember 2010 ein zweites Mal ab, die steuerliche Förderung der Fernwärme über eine Ausnahmeregelung fortzuführen.

Diese Entscheidung werden rund vier Millionen Haushalte in Deutschland mit höheren Heizkosten bezahlen müssen, allein in Berlin ungefähr 600.000. Die Bundesregierung selbst hatte im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 den Erhalt der steuerlichen Förderung der Fernwärme vorgeschlagen. In der abschließenden Beratung dieses Vorhabens im Haushaltsausschuss aber strichen die Koalitionsfraktionen völlig überraschend die geplante Regelung. Am 26. November 2010 forderte der Bundesrat eine Korrektur dieser Entscheidung.

Der Wegfall der Energiesteuervergünstigung für die Fernwärme-Versorgung ist klimapolitisch kontraproduktiv und verfehlt. Die Fernwärme leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Klima- und Umweltziele Deutschlands. Insbesondere in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sowie bei der Nutzung von Abwärme bietet sie eine hocheffiziente Verwendung regenerativer und fossiler Energieträger. Im Vergleich zu Einzelheizungen reduzieren moderne Fernwärmanlagen die Bildung von Feinstaub und luftgetragenen Schadstoffen und verbessern somit die Luftqualität in städtischen Verdichtungsräumen. Eine steuerliche Entlastung der Fernwärme im Energiesteuergesetz ist wichtig und notwendig, um das von der Bundesregierung gesetzte Ziel nicht zu gefährden, den KWK-Anteil an der gesamten Stromerzeugung bis 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen.

MENSCHENRECHTE

Menschenrecht Religions- und Glaubensfreiheit

Für alle den Menschenrechten verpflichteten Staaten, Gesellschaften und Religionsgemeinschaften ist der Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit eine große Herausforderung. Das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit ist in zahlreichen internationalen und regionalen Menschenrechtskonventionen und in nationalen Verfassungen verankert. Es ist religiös-weltanschaulich neutral und bezieht sich auf die Freiheit des einzelnen Menschen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Religionen ist durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt.

Auch wir setzen uns für den weltweiten Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit ein, dazu haben wir einen Antrag (Drs. 17/3428, 17/4122) eingebracht, der am 17. Dezember 2010 abschließend im Bundestag beraten wurde.

Die Renaissance der Religion ist zu einem globalen Trend geworden. In der globalisierten Welt suchen viele Menschen wieder verstärkt im Glauben Sinn und Sicherheit. Insbesondere durch das Erstarken fundamentalistischer Bewegungen steigt aber auch das Konfliktpotential. Zwar geht es oft nur vordergründig um Religion, da politische, soziale und wirtschaftliche Motive eine ebenso große Rolle spielen. Leidtragende dieser oftmals auch gewalttätigen Konflikte sind meist religiöse Minderheiten. In vielen Staaten ist die Religions- und Glaubensfreiheit nicht

gewährleistet. Unser Antrag beschreibt die Situation in ausgewählten Staaten sowie die Probleme verschiedener religiöser Minderheiten. Er greift auch die aktuelle Diskussion in Europa auf, ebenso wie politische und rechtliche Aspekte der Religionsfreiheit in Deutschland.

UMWELT

Bei Klimapolitik wieder voran gehen

Zu den Ergebnissen der Schlusskonferenz des UN-Klimagipfels in Cancún vom 10. Dezember fand im Deutschen Bundestag am 16. Dezember eine Aktuelle Stunde statt. Grundsätzlich begrüßt die SPD-Bundestagsfraktion die Beschlüsse von Cancún als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem verbindlichen Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll, das 2011 in Durban (Südafrika) erreicht werden muss. Die Sozialdemokraten forderten den Umweltminister und die schwarz-gelbe Regierung erneut auf, sich nun endlich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die EU beschließt, ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Außerdem muss Deutschland seine Zusagen an die Entwicklungsländer für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel einhalten.

Die Erwartungen an die Klimakonferenz in Cancún waren nach dem gescheiterten Gipfel in Kopenhagen 2009 eher gering. In Cancún wurden die Weichen richtig gestellt. Diesmal haben auch China und die USA zugestimmt und 193 Staaten haben sich mit Ausnahme von Bolivien auf einen Beschluss geeinigt.

Deutschland ist vom Vorreiter ins Mittelfeld zurück gefallen

In Cancún ist jenseits von Zahlen z. B. durch Schilderungen von Teilnehmern aus dem Tschad, Bangladesch und Ländern Mittelamerikas deutlich worden, in welchem Ausmaß der Klimawandel dort stattfindet. Viele Staaten stellen sich weltweit unabhängig vom UN-Prozess den Herausforderungen des Klimawandels mit einer Politik, die viel Dynamik entwickelt. Es besteht seitens der SPD die Sorge, dass Deutschland und die EU hinter Ländern wie China, Brasilien, Südkorea und Indien zurückbleiben, weil sich hier mit Schwarz-Gelb die Politik nicht weiter entwickelt.

Die hohe Anerkennung, die Deutschland und Europa im Bereich der internationalen Klimapolitik zuteil wird, basiert auf der Klimapolitik der vergangenen 20 Jahre. Doch aktuell ist Deutschland nur noch Mittelmaß. Schwarz-Gelb ist in Bezug auf das für die EU anzustrebende CO₂-Minderungsziel von 30 Prozent bis 2020 uneins. Was angesichts dessen, dass in Cancún vereinbart wurde, dass die Industriestaaten ihren CO₂-Ausstoß um 25 bis 40 Prozent zurückfahren müssen, nicht einmal besonders ambitioniert ist. Auch reichen die Maßnahmen von Merkels Regierung nicht aus, um 40 Prozent CO₂-Reduktion in Deutschland zu erzielen. Anstatt Hochglanzbroschüren über Energieszenarien in 2050 zu drucken, muss die Regierung wieder Klimaschutz durch erneuerbare Energien fördern. Der Wiedereinstieg in die Atomenergie ist ein Widerspruch, der auch von der internationalen Staatengemeinschaft bemerkt wird.

Zusagen an Entwicklungsländer einhalten

Zudem muss Schwarz-Gelb die auf der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 zugesagten neuen und zusätzlichen 1,26 Milliarden für die Entwicklungsländer auch zu 100 Prozent bereitstellen, anstatt durch Verrechnungen zu tricksen. Nur so kann das Vertrauen der Entwicklungsländer zurück gewonnen werden. Dazu hatte der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, am 14. Dezember 2010 im Entwicklungsausschuss gesagt: „Ich möchte keine neuen Versprechen von Deutschland zur Bekämpfung der Armut und des Klimawandels, ich möchte die Einhaltung der bisher gegebenen Versprechen.“

Beschlüsse von Cancún - nicht viel Zeit bis Durban

In Cancún wurde das Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung beschlossen. 2013 bis 2015 soll sogar geprüft werden, ob es ein 1,5-Grad-Ziel geben muss. Und es wurden Beschlüsse zu Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern, zum Technologietransfer z. B. für erneuerbare Energien, für den Waldschutz und für die Einrichtung eines Finanzierungsfonds für diese Maßnahmen gefasst. Allerdings fehlt nach wie vor die verbindliche Festschreibung konkreter und ambitionierter Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes. Bis zur Konferenz in Durban gibt es noch viel zu tun. Die Zeit muss Deutschland nutzen und sich wieder klar für den Klimaschutz positionieren und den Pfad der Energiewende und der technologischen Modernisierung gehen. Zwar hat sich Umweltminister Röttgen nach Cancún zum 30-Prozent-CO₂-Minderungsziel für Europa bekannt, doch die Kanzlerin schweigt. Sie muss sich in den kommenden Monaten durch die Nutzung der diplomatischen Klaviatur bei den europäischen Staatschefs dafür einsetzen, dass Europa diesen Schritt endlich tut und nicht wartet bis auch die langsamsten Staaten zum Handeln bereit sind. Die Zeit ist knapp und der fortschreitende Klimawandel verbietet jegliches Ausbremsen.

VERKEHR

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sichern

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) erfüllt wichtige Aufgaben. Schwarz-Gelb gräbt der WSV das Wasser ab. Die Regierungskoalition plant einen radikalen Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, der auf eine Zerschlagung hinausläuft. Bisherige Aufgaben sollen an Dritte ausgegliedert werden, verbunden mit einem drastischen Wiederbesetzungs- und Beförderungsstopp. Dabei leistet die WSV mit ihren sieben Direktionen, 39 Ämtern und rund 13.000 Beschäftigten wichtige Aufgaben; von der breiten Präsenz vor Ort profitiert die regionale Wirtschaft, die ihre Transporte über Häfen und Wasserstraßen abwickelt.

Schwarz-Gelb will die WSV nun „auf ihre Kernaufgaben“ konzentrieren. In einem Antrag für den Haushaltsausschuss des Bundestages haben die Koalitionsfraktionen das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aufgefordert, ein Reformkonzept zu erarbeiten. Dabei herrschte an Konzeptpapieren und Reformplänen zur WSV wahrlich kein Mangel. Seit 1993 hat diese aufgrund von Rationalisierungen bereits ein Viertel ihres Personals eingespart. Wer hier weiter kürzt, spart am falschen Ende. Denn auch Vergabe muss begleitet werden und bindet Personal.

Bereits in den vergangenen Wahlperioden ist die WSV auf unsere Initiative hin in Bezug auf ihre Aufgaben, Struktur und Größe modernisiert worden – behutsam und im engen Dialog mit Beschäftigtenvertretern und Gewerkschaften. Hintergrund waren auch steigende Anforderungen an die WSV in den Bereichen Umweltschutz und Tourismus. Damit, warnen Fachleute, sind die Einsparpotenziale ausgereizt. Einen Umbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lehnen wir als SPD ab. Dazu haben wir einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/4030), der am 16. Dezember 2010 im Plenum beraten wurde.